

Bedrohte Journalisten

NPD-Demo: „Rechte dürfen protestieren“, FR-Politik vom 23.11.

An den Pranger stellen ist ab jetzt in der BRD erlaubt!? Es ist doch unfassbar, dass das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg das Verwaltungsgericht in Hannover maßregelt, eine Demonstration, die zum Ziel hat, einzelne Journalisten öffentlich anzuprangern, sei geltendes Recht. Die NPD prangert einzelne Journalisten persönlich öffentlich an. Der Aufruf der NPD zu dieser Demo: „Feldmann in die Schranken weisen. Schluss mit steuerfinanzierter Hetze“. Es wird Julian Feldmann (Reporter des NDR) mit Foto abgebildet und durchgestrichen. Auch andere Journalisten werden bedroht. Thorsten Heise (Bundesvorstand NPD) sagt letztes Jahr auf offener Bühne: „Hinhören, Presse: Der Revolver ist schon geladen, Herr Feldmann“. Wer diese Einstellungen als Meinungsfreiheit beurteilt, ist sich der Tragweite ganz offensichtlich nicht bewusst. Das Ziel der Demo ist eindeutig Einschüchterung – wenn nicht sogar Aufruf zur Gewalt. Es gibt keine echte Demokratie ohne kritische Berichterstattung, ohne Pressefreiheit seitens der Journalisten! Bärbel Neuwirth, Hanau

Steigbügelhalter des Rechtsextremismus

Offensichtlich mutiert die Justiz in diesem Land immer mehr zum (willigen?) Steigbügelhalter des Rechtsextremismus. Es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis die ersten juristisch legitimierten Bücherverbrennungen in unserer „Noch-Demokratie“ stattfinden dürfen. Gerhard Opfer, Frankfurt

Lange genug gewartet

Zu: „Für einen linken Green New Deal“, FR-Meinung vom 25. November

Ungewollt offenbaren Kolumne und Leserbrief vom 25.11. das Dilemma des reformistischen Flügels der Linken. Während Bernhard Trautvetter zu recht auf das historische Scheitern der Lenkung des Kapitalismus hinweist, offenbart Bernd Riexinger genau das als die Perspektive: Sein linker Green New Deal ist nichts als alter Wein in neuen Schläuchen. Zumal die großen Kapitale heute bei Strafe ihres Untergangs gezwungen sind, keine Rücksicht auf Mensch und Natur zu nehmen. Alle richtigen Ideen der Grünen und Linken werden an der ökonomischen Gier und politischen Macht der Kapitaleigentümer scheitern, solange die sie innehaben. Nur eine sozialistische, das heißt vom Menschen statt von der Warenproduktion ausgehende Gesellschaft kann noch das Klima- und Umweltproblem lösen. Auf Vernunft und Einsicht der Herrschenden hat die Menschheit lange genug gewartet. Wenn sie das fortsetzt, naht die Katastrophe. Dirk Willing, Essen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel moderiert die Buchpräsentation von Christoph Butterwege: „Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland“. Mit Janine Wissler (Die Linke) und Prof. Tim Engartner (Universität Frankfurt).

Montag, 2. Dezember, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Bascha Mika hält einen Impulsvortrag zum Thema „Demokratie in Gefahr? Das neue Ostmitteleuropa“ im Rahmen der Reihe „Revolution! 1989 – Aufbruch ins Offene“ und diskutiert auf dem Podium mit Basil Kerski (Magazin „Dialog“), Noémi Kiss (Schriftstellerin) und Thomas Kralinski (Staatssekretär Brandenburg). Eintritt frei.

Dienstag, 3. Dezember, 18 Uhr
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstr. 5, Berlin

Georg Leppert moderiert die Diskussion „Bettelarm – wie geht Frankfurt mit seinen Bettlern um?“ des Frankfurter Domkreises Kirche und Wissenschaft: Mit Frank Diergardt (Verein „Neue Zeil“), Markus Frank (Ordnungsdezernent), Schwester Maria Goetzens (Elisabeth-Straßenambulanz), Bruder Michael Wies (Franziskustreff).

Mittwoch, 4. Dezember, 19 Uhr
Haus am Dom, Giebelsaal, Domplatz 3, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert „(De-)Eskalation – Wege aus der Krise zwischen Iran und den USA“. Darüber diskutieren Caroline Fehl (HSFK), Omid Nouripour (MdB Grüne) und Ali Sadrzadeh, Journalist und Iran-Experte des Hessischen Rundfunks.

Mittwoch, 4. Dezember, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Eine Affäre mit Gschmäcke

AWO-Affäre: „Feldmann bestreitet Vorwürfe“, FR-Regional vom 28. November

Schnelle Reaktion kann Schaden abwenden

Eine erstklassige, gute und starke Führung zeichnet sich gerade dadurch aus, dass man bei auftretenden Krisensituationen besonders rasch, intelligent und effektiv reagiert um weiteren „Schaden“ abzuwenden. Das ist besonders wichtig in Arbeitsbereichen (Ärzte, Piloten u.a.), bei denen es zu lebensbedrohlichen Situationen kommen kann.

Für den Politikbetrieb – der ja von der Öffentlichkeit eingehend beobachtet und kommentiert wird – wäre es natürlich unüberlegt und unklug, bei persönlichen Angriffen und Unterstellungen (nicht bei politischen Vorwürfen) überhaupt nicht bzw. völlig unangemessen zu reagieren. Dieses Verhaltensmuster erlebt man ja immer wieder.

Letzten Endes gehört dann doch Herr Feldmann – trotz aller „Verdienste“ – in die Gruppe der weit verbreiteten mediokrinen Politiker. Bernd Loeffler, Frankfurt

Der Aufschrei ist unverhältnismäßig

Feldmanns Begründung halte ich für ausreichend. Fakt ist, dass der Arbeitgeber (AWO) über Eingruppierung und Ausstattung des Jobs entscheidet. Auch wenn diese Affäre ein Gschmäcke haben mag, ist der Aufschrei dennoch unverhältnismäßig, wenn ich an die Versorgungsposten z.B. im Lobbybereich (Schröder) oder im direkten Einflussbereich der Politik (Pofalla) denke. Hier kann die Allgemeinheit mehr Schaden erleiden. Auch die Dimensionen der Verstrickungen z.B. in der Cum-Ex-Affäre schaden der Allgemeinheit sicher mehr.

Ich meine, durch die momentane Erregung wird eine Person aus eher niederen politischen Motiven beschädigt. Feldmann hat in meiner Wahrnehmung als erster Politiker laut-



Der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) mit seiner Ehefrau Zübejde. RENATE HOYER

stark soziale Probleme – wie z.B. erschwingliches Wohnen im Ballungsraum – thematisiert, seinen Einfluss zur Lösung dafür eingesetzt und die Wahrnehmung dieser Problematik – resultierend aus der neoliberalen Politik – bundesweit auf die Tagesordnung gesetzt. Darin liegt, nicht nur für mich, sein Verdienst, der für die Allgemeinheit schwerer wiegt.

Richard Michalski, Frankfurt

Die CDU offenbart ein reaktionäres Weltbild

Frau Feldmann ist eine erwachsene Person. Wie sie ihren Arbeitsvertrag mit der AWO aushandelt, ist ausschließlich ihre Kompetenz. Die Kampagne der Union gegen Peter Feldmann offenbart ein absolut reaktionäres Weltbild. Und dass die Braunen im Römer dieses Bild teilen, etwas anderes habe ich nicht erwartet. Und die Grünen gebärden sich als treue Kumpane in dieser Kampagne.

Nur zur Erinnerung: Bis Anfang der 70er Jahre hatte der Ehemann das Recht, seiner Frau

sowohl die Eröffnung eines Kontos als auch die Aufnahme einer bezahlten Tätigkeit zu verbieten, sogar ein bereits abgeschlossener Arbeitsvertrag konnte auf Intervention des Ehemanns annulliert werden. Gegen den wütenden Widerstand der Union wurden diese gesetzlichen Vorschriften geändert, bzw. aufgehoben. Da ist es wohlthuend, dass die Linken-Fraktion eindeutig dagegen Stellung bezogen hat.

Reinhold Hinzmann, Niederselters

Feldmann sollte die Angelegenheit klären

Will der noch amtierende Oberbürgermeister meiner Heimatstadt Frankfurt die Affäre um das überhöhte Gehalt und den Dienstwagen seiner Frau aussitzen? Ich denke er sollte die Angelegenheit zeitnah selbst klären, anstatt die AWO, gegen die derzeit von der Staatsanwaltschaft ermittelt wird, wachsweiße Erklärungsversuche veröffentlichten zu lassen.

Hans Werner Wittmann, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/feldmann-2

Nächste Runde im absurden Personaltheater

Allensbach-Umfrage: „Querdenker gesucht“, FR-Meinung vom 21. November

Angesichts der angeblich „alarmierenden Umfragewerte“ kommt Herr Koch zu dem Ergebnis, es bräuchte „Gegenstrategien, die konstruktiv sein müssen, aber auch radikal“. Damit ist nicht etwa der dringende benötigte radikale Kurswechsel in der Steuer-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Privatisierungspolitik bzw. der katastrophalen Umverteilungspolitik der vergangenen 30 Jahre mit dem Ergebnis der immer weiter auseinanderklaffenden Schere zwischen Arm und Reich und den erdrutschartigen Verlusten des Vertrauens in die „demokratischen“ Parteien und dem erneuten Erstarken der Rechtsradikalen gemeint. Auch nicht die dringend benötigte fundamentale Neuausrichtung der Energiepolitik bzw. eine Kritik am weiteren rasanten Ausbau der fossilen Infrastruktur mit u.a. neuen Gasleitungen und Flüssig-

gasterminals, Förderprogrammen für Gas- und Ölheizungen sowie für eine E-Mobilität auf Batteriebasis, die nicht nur eine katastrophale Energie- und Ökobilanz aufweist und für die der regenerative Strom gar nicht existiert, sondern aus Kohlekraftwerken kommt bzw. kommen soll, um den Energiekonzernen zusätzlich die Kassen zu füllen. Im Gegenteil. Bei „Klimaschutz und Grundrente“ – die eine Fortsetzung des selbstproduzierten Fiaskos der Altersarmut ist – könne die Groko „inzwischen beschließen, was sie will, sie dringt kaum noch durch“. Will sagen: Die hervorragenden Programme werden vom Volk nicht honoriert. Die Ursachen hierfür liegen, wie Herr Koch weiß, jenseits der Sachebene, also „tiefer“, im „Psychologischen“, in einem „Bedarf an glaubwürdiger Führung“. Es müsse also nur der „Richtige“

kommen und alle Probleme wären gelöst. Martin Koch kennt auch den genau Richtigen: Wolfgang Schäuble soll es richten. Also die nächste Runde im absurden Personaltheater statt einer tatsächlich konstruktiven und radikalen inhaltlichen Gegenstrategie. Dass Schäuble sich vor allem als Verhinderer einer effizienten Strafverfolgung von Steuerhinterziehern und als Vater der „schwarzen Null“ hervorgeraten hat, also der Gegenfinanzierung der Steuergeschenke an Spitzenverdiener, reiche Erben und Konzerne durch das „alternativlose“ Kaputtsparen u.a. des öffentlichen Dienstes, der Infrastruktur, des Bildungssystems als Qualitätsmerkmal vermeintlich seriöser Politik, prädestiniert ihn für das, was mit diesem Leitartikel bezweckt werden soll: Alles weiter so wie bisher.

Heidger Brandt, Emkendorf